

Franchise-Abstimmung: Ein Drittel der Gesamtstimmen stammt von Rentnern

Während 80 Prozent der über 65-Jährigen zur Urne gingen, lag die Stimmbeteiligung bei den 25- bis 34-Jährigen nur bei 40 Prozent.

Elias Quaderer

Das Interesse an der DpL-Initiative, die Rentner von der Franchise zu befreien, hielt sich in Grenzen. Am Abstimmungssonntag von Ende Juni gingen lediglich 60,9 Prozent der Liechtensteiner Stimmbürger an die Urne. In den vergangenen zwanzig Jahren lag die Beteiligung nur bei einer einzigen Abstimmung tiefer: Die Abänderung des Hundegesetzes interessierte 2006 gerade einmal 58 Prozent der Stimmbürger.

Desinteresse der Jungen, Eigennutz der Senioren

Eine Statistik der Regierungskanzlei zeigt nun, bei welchen Altersgruppen es an der Beteiligung besonders haperte. Dass die Franchise-Befreiung für Rentner bei den Jungen auf geringeres Interesse stösst, liegt in der Natur der Sache. Aber die Unterschiede bei der Stimmbeteiligung sind dennoch gewaltig. Während von den 25- bis 34-Jährigen gerade einmal 40,2 Prozent an die Urne gingen, waren es bei den über 65-Jährigen 80,2 Prozent: Eine

Differenz von 40 Prozent. Dass ältere Stimmbürger die Initiative der Demokraten pro Liechtenstein eher befürworteten, während jüngere ihr ablehnend gegenüberstanden, legte das Liechtenstein-Institut bereits in seiner Abstimmungsumfrage dar. In Verbund mit den nun veröffentlichten Zahlen zur Stimmbeteiligung wird klar, warum die Initiative mit stolzen 63,9 Prozent angenommen wurde.

Denn Personen im Pensionsalter stellen bereits mehr als ein Viertel der Stimmberechtigten des Landes. Gab die Demografie den Initianten also bereits eine gute Ausgangslage, half das Desinteresse der Jungen nach: Wegen deren geringer Wahlbeteiligung stammten letztlich 34,2 Prozent aller abgegebenen Stimmen von über 65-Jährigen. Weitere 30 Prozent der Gesamtstimmen kamen von den 35- bis 49-Jährigen.

Dagegen trugen junge Erwachsene im Alter zwischen 18 und 24 Jahren nur 8 Prozent zu allen abgegebenen Stimmkarten bei. Man könnte also zum Schluss kommen: Das Abstimmungsergebnis ist eine

Kombination aus dem Desinteresse der Jungen und mobilisierten Senioren, die aus Eigeninteresse für die Vorlage stimmten. Ein Fazit, das mit Blick auf künftige Abstimmungen, die das Thema Generationengerechtigkeit tangieren, Sorgen bereiten müsste.

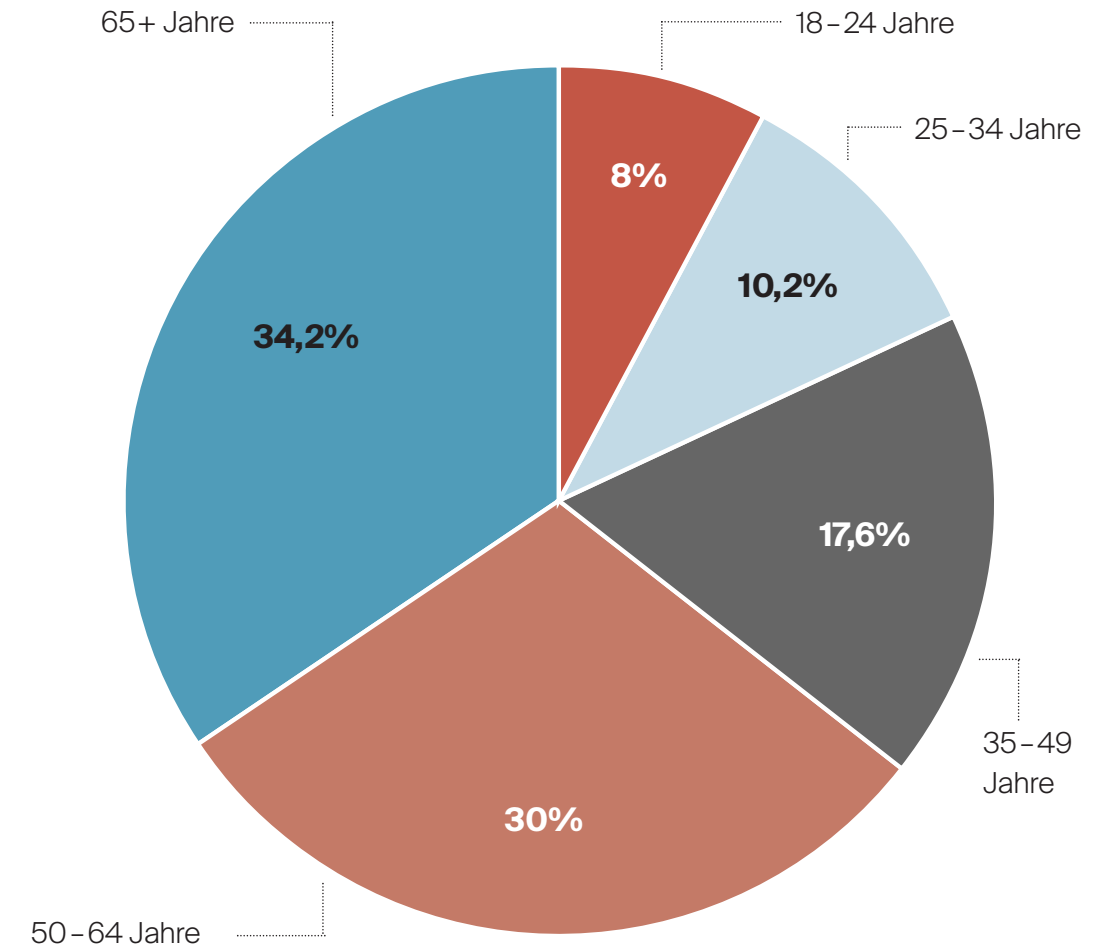
Ältere können auch im Sinn der Jungen abstimmen

So drastische Schlüsse möchte Philippe Rochat, Politologe am Liechtenstein-Institut, aus dem Abstimmungsergebnis nicht ziehen. Er merkt zwar an, dass selbst wenn alle Stimmberechtigten teilnehmen würden, die jüngeren Alterskohorten wohl noch in der Unterzahl wären. «Das kann ein Problem sein, denn in einer Abstimmung entscheidet letztlich die Mehrheit», so Rochat. Er wirft aber ein, dass der Abstimmungsakt nicht nur «eine rein nutzenmaximierende Sache» sei. Denn «auch ältere Stimmberechtigte können die Interessen jüngerer Personen vertreten und in ihrem Sinne abstimmen», sagt der Politologe.

Die Jüngsten sind nicht gleich die Stimmfaulsten

Zudem verweist Rochat darauf, dass grundsätzlich bei Abstimmungen und Wahlen die Beteiligung bei älteren Generationen stets höher ausfällt als bei jüngeren. Zwar fielen dieses Mal die Unterschiede «besonders gross» aus. So waren in den vergangenen drei Jahren die über

Anteil der einzelnen Altersgruppen an der Gesamtstimmzahl



Grafik: Stefan Aebi

Stimmbeteiligung nach Altersgruppe

18-24 Jahre:	45,2 Prozent
25-34 Jahre:	40,2 Prozent
35-49 Jahre:	50 Prozent
50-64 Jahre:	69,3 Prozent
65+ Jahre:	80,2 Prozent

65-Jährigen – mit einer Ausnahme – stets die aktivsten Stimmbürger. Und die 25- bis 34-Jährigen die stimmfaulsten.

Dafür, weshalb gerade die zweitjüngste Alterskohorte (25 bis 35 Jahre) am wenigsten

zur Urne geht, gib es laut Rochat verschiedene Erklärungen. Es könnte sein, dass Personen in diesem Alter andere Prioritäten haben, wie Familiengründung und Karriereplanung. Oder es könnte sein, dass die jüngste Al-

tersgruppe (18 bis 24 Jahre) noch stärker vom Elternhaus dazu angehalten wird, wählen zu gehen. «Abschliessende, fundierte Analysen zu den Gründen fehlen jedoch bis jetzt», hält der Politologe fest.